Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
1/1985/St
09.05.1985

des SPD-Unterbezirks O,
vertreten durch seinen Vorsitzenden,
N aus L

und des SPD-Ortvereins R,
vertreten durch seinen Vorsitzenden,
T aus R

– Antragsteller und Berufungsantragsteller –

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 9. Mai 1985 in Bonn unter Mitwirkung von

Inge Donnepp (Vorsitzende)
Prof. Dr. Peter Landau und
Alfred Gaertner

entschieden:

Die Berufungen des Unterbezirks O und des Ortsvereins R werden zurückgewiesen. Es wird festgestellt, dass der Genosse F Mitglied der SPD ist.

Gründe:

I.

Der Genosse F wurde mit Schreiben des Geschäftsführer des Unterbezirks O vom 8.11.1984 davon informiert, dass er aus der Liste der Mitglieder der SPD gestrichen sei, da er auf der Liste der CDU für das Amt des stellvertretenden Bürgermeister der Gemeinde R kandidiert habe. Die Streichung aus der Liste der Mitglieder mit unmittelbarer Wirkung wurde auf § 6 Organisationsstatut der SPD gestützt. Gegen diese Maßnahme legte Genosse F 'Widerspruch' bei der zuständigen Unterbezirksschiedskommission ein. Diese Schiedskommission kam nach mündlicher Verhandlung am 17.12.1984 einstimmig zu dem Beschluß, daß ein Verstoß Fs gegen § 6 des Organisationsstatuts nicht gegeben sei. Gegen diese Entscheidung legten der Unterbezirk O und der Ortsverein R Berufung ein.

Die Bezirksschiedskommission entschied über diese Berufung am 25.1.1985. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Berufung der Antragsteller als Einleitung eines Statutenstreitverfahrens nach § 21 der Schiedsordnung aufzufassen sei. Es handele sich darum, ob statutenmäßig die Voraussetzungen für eine automatische Beendigung der Mitgliedschaft erfüllt sei. Die Bezirksschiedskommission stellte fest, daß das Verhalten des Genossen F nicht als eindeutiger Verstoß gegen § 6 Abs. 1 Satz 2 des Organisationsstatuts anzusehen sei, der zu einem automatischen Ausschluß aus der SPD führen könne. Die Mitgliedschaft des Genossen F sei daher nicht beendet. Gegen diese Entscheidung richtet sich die Berufung des Unterbezirks O und des Ortsvereins R zur Bundesschiedskommission der SPD.

II.

Nach § 10 Abs. 5 Satz 1 des Parteiengesetzes entscheidet über einen Ausschluß aus einer Partei ausschließlich das zuständige Schiedsgericht der Partei. Das Organisationsstatut der SPD kennt allerdings in Verbindung mit den Bestimmungen der Schiedsordnung Fälle, in denen eine wirksame Beendigung der Mitgliedschaft auch ohne schiedsgerichtliches Verfahren möglich ist. Das Organisationsstatut sagt zunächst in § 6 Abs. 1, dass mit der Mitgliedschaft in der SPD die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei und ferner Tätigkeit, Kandidatur oder Unterschriftsleistung für eine andere Partei unvereinbar seien. Dieser Grundsatz wird entsprechend auf gegen die SPD wirkende Vereinigung und kommunale Wählervereinigungen ausgedehnt (§ 6 Abs. 2 und 4 Organisationsstatut). Die die Unvereinbarkeitstatbestände enumerierende materielle Vorschrift des Organisationsstatuts wird durch eine Verfahrensvorschrift der Schiedsordnung ergänzt, die dort in § 20 enthalten ist. Nach § 20 Abs. 1 Schiedsordnung ist ein Fall der Zugehörigkeit zu einer der in § 6

Organisationsstatut genannten Organisationen und im Fall der Kandidatur für eine solche Organisation die Möglichkeit eröffnet, dass aufgrund einer Aufforderung des Bezirksvorsitzenden, auf die das Mitglied nicht in der in § 20 Schiedsordnung ausgeführten Weise reagiert, die Mitgliedschaft in der SPD ohne weiteres Verfahren vor Schiedskommissionen beendet wird. Es wird in diesem Fall von der Schiedsordnung ein Austritt aus der Partei fingiert.

Dagegen ist für den Fall allgemeiner Tätigkeit oder Unterschriftsleistung für eine gegnerische Organisation im Sinne des § 6 Organisationsstatut die Beendigung der Mitgliedschaft ohne Parteiordnungsverfahren nicht möglich, vielmehr die Einleitung eines solchen Verfahrens nach § 20 Abs. 2 Schiedsordnung in Verbindung mit § 6 und § 18 Schiedsordnung ausdrücklich vorgeschrieben.

Dementsprechend gibt es nach dem Organisationsstatut eine nicht freiwillige Beendigung der Mitgliedschaft ohne schiedsgerichtliches Verfahren nur im Falle der Mitgliedschaft bei und der Kandidatur für eine gegnerische Organisation. Die darin gegebene Durchbrechung des Grundsatzes von § 10 Abs. 5 Satz 1 Parteiengesetz wurde vom Bundesgerichtshof in seiner Rechtsprechung ausdrücklich anerkannt, da in diesen Fällen die Durchführung schiedsgerichtlicher Verfahren ‚reine Förmerei‘ wäre.

Im vorliegenden Fall könnte ein Ende der Mitgliedschaft des Genossen F ohne schiedsgerichtliche Entscheidung nur dann in Frage kommen, wenn er für die Liste der CDU bei Bürgermeisterwahl kandidiert hätte. Ein solcher Ausschluß aufgrund der Fiktion des Austrittes nach Fristablaufs würde aber die formale Aufforderung durch den Bezirksvorsitzenden oder ein von ihm beauftragtes Parteimitglied voraussetzen, daß der Genosse F seine Kandidatur aufgibt. Eine solche Aufforderung ist hier nicht erfolgt. Folglich fehlt es schon an den verfahrensmäßigen Voraussetzungen der Mitgliedschaftsbeendigung nach § 20 Abs. 1 Schiedsordnung. Darüber hinaus ist es aber nach der bisherigen Klärung des Sachverhalts zweifelhaft, ob überhaupt eine Kandidatur des Genossen F für die CDU erfolgt war. Dieser Sachverhalt könnte nur im Rahmen eines Parteiordnungsverfahrens geklärt werden, das von keiner Organisationsgliederung beantragt wurde. Folglich ist der Genosse F nach wie vor Mitglied der SPD. Durch einfache Streichung in der Mitgliederliste kann die Mitgliedschaft in der SPD nicht beendet werden, da weder das Parteiengesetz noch das Organisationsstatut der SPD automatische Ausschlüsse ohne jede Verfahrensregelung zulassen.

Inge Donnep